

# Razzien und Prozesse

in: ak 640 vom  
21.8.2018

## Deutschland **Zum Stand der Repression ein Jahr nach dem Hamburger G20-Gipfel**

Von der Ortsgruppe Frankfurt/  
Main der Roten Hilfe

**E**in Jahr nach dem Hamburger G20-Gipfel ermittelt die Sonderkommission (SoKo) »Schwarzer Block« weiter gegen Linke. Ende Mai überraschte die Polizei europaweit an neun Orten linke Aktivist\_innen, und einen Monat später kam es zu vier Hausdurchsuchungen in Hessen; zwei Personen sitzen seitdem in Untersuchungshaft.

Nach den ersten schnellen Verurteilungen ist es um die Strafverfolgung ruhiger geworden. Die Repression fand andere Wege: Am 25. August letzten Jahres wurde die Indymedia-Seite links unten verboten und bleibt bis heute abgeschaltet. Im Herbst und Winter wurde bundesweit Druck auf linke Zentren ausgeübt, und wie selbstverständlich dienten die Bilder der G20-Proteste als Argumente für die Ausweitung polizeilicher Befugnisse und die Einschränkung des Demonstrationsrechts. Allerdings ist es nicht so weit gekommen, wie der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Bialas, ein ehemaliger Polizist, gefordert hatte: Er wünschte sich das lebenslängliche Demonstrationsverbot für vermeintliche »Gewalttäter«.

Als der Niederländer Peike S. am 29. August 2017 in Handschellen zu 31 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurde, nannte die Hamburger Morgenpost das ein »knallhartes Urteil«. Ähn-



**Bisher gab es 153 Anklagen, 84 Urteile und 36 Freiheitsstrafen, sechs davon ohne Bewahrung.**

lich krasse Urteile folgten, wie das gegen Stanislaw, der unter anderem wegen eines bei einem deutschen Discounter erhältlichen Feuerwerkskörpers zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Bis Sommer 2018 wurden 36 Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren verhängt, sechs davon ohne Bewahrung. Die Prozesse waren alleamt gekennzeichnet von einer Betonung der sogenannten Generalprävention des Strafrechts angesichts der »bürgerkriegsähnlichen Zustände«, für die aus Sicht der Justiz allein die Demonstrant\_innen verantwortlich seien. Die meisten Beschuldigten, meist aus dem Ausland, blieben monatelang ohne Anklage in Untersuchungshaft, was sich, gelinde gesagt, am Rande der »Rechtsstaatlichkeit« bewegt.

### **Kleine Fische, große Solidarität**

Auch der Prozess gegen den Italiener Fabio V. begann aberwitzig. Das Oberlandesgericht Hamburg sah seine Untersuchungshaft als notwendig an, da der zu dem Zeitpunkt 18-jährige »schädliche Neigungen« habe. Erst nach drei Monaten Gefängnis beschäftigte sich das Gericht am 16. Oktober 2017 mit seinem Fall – und fünf Prozesstage später musste der Großteil der Vorwürfe gegen Fabio fallen gelassen werden. Weitere zwei Monate später wurde er freigelassen. Im April dieses Jahres platzte dann der Prozess vorläufig, nachdem er zuvor aufgrund der Schwangerschaft der Richterin unterbrochen worden war. Ob der Fall neu aufgerollt wird, ist zur Zeit noch offen. Damit wurde es zunächst deutlich ruhiger um die Repression gegen die G20-Gegner\_innen – bis nicht nur

der Jahrestag des Gipfels, sondern erneut auch die Polizei vor der Tür stand.

Am Morgen des 27. Juni kam es bundesweit zu einer weiteren Durchsuchungswelle bei Anti-G20-Aktivist\_innen. In Frankfurt und Offenbach wurden vier Personen mit Haftbefehl nach Hamburg verschleppt. Den jungen Männern wird vorgeworfen, sich an den Aktionen am Freitagmorgen in der Hamburger Elbchaussee beteiligt zu haben. Über individuelle Tatvorwürfe jenseits der bloßen Beteiligung ist bisher nichts bekannt. Zwei der Festgenommenen waren zum Tatzeitpunkt noch keine 18 Jahre alt und sind somit vor dem Gesetz sogenannte Heranwachsende. So konnte erreicht werden, dass zumindest die Haftbefehle gegen sie außer Vollzug gesetzt wurden. Die beiden mussten allerdings ihre Pässe abgeben und sind verpflichtet, sich vier Mal wöchentlich bei der Polizei zu melden. Die beiden volljährigen Männer befinden sich seitdem jedoch in Untersuchungshaft im Hamburger Holstenglacis.

Der enorme Verfolgungswille, der bis zum maximal rechtlich Möglichen geht, schließt hier an die bisherige G20-Repression an. So werden die beiden Inhaftierten peinlich genau voneinander getrennt verwahrt und befanden sich in den ersten Wochen de facto in Isolation, da keinerlei Kontakt mit anderen Gefangenen erlaubt wurde. Inzwischen haben sich die Haftbedingungen der zwei Genossen verbessert: Sie dürfen Post und Bücher erhalten.

Der politische Charakter der letzten Hausdurchsuchungen wird deutlich, wenn man Zeitpunkt – um den Jahres-

tag der G20-Proteste –, Art und Weise der Durchführung und die begleitende Pressekampagne betrachtet. Denn obwohl der Leiter der SoKo »Schwarzer Block« persönlich anwesend war, ließ einer der Beamten während einer der Hausdurchsuchungen verlauten: »Wir wissen, dass ihr kleine Fische seid.«

Mehr als eindeutig versucht die Hamburger Polizei, Geschäftigkeit zu zeigen und ihre Deutungshoheit der Ereignisse im Juli 2017 zu festigen. Dem gilt es zu widersprechen und sich offen mit den Betroffenen zu solidarisieren. Im Nachgang des Gipfels waren sich die meisten Akteure einig, dass selten ein so gutes und solidarisches Zusammenspiel der verschiedenen Aktionsformen geklappt habe. Hieran gilt es anzuknüpfen. Die Solidarität darf sich nicht auf bestimmte Spektren beschränken, wie der Frankfurter Ableger der UnitedWeStand-Kampagne erfolgreich vormacht. So eine Woche nach den Durchsuchungen gab es beispielsweise eine Demonstration mit ca. 400 Teilnehmer\_innen durch die Frankfurter Innenstadt. Fotos davon schmücken inzwischen eine Solipostkarte. Aktivist\_innen vor Ort raten: Informiert euch, macht eigene Aktionen und begleitet die anstehenden Prozesse.

Denn bei der Staatsanwaltschaft laufen noch ungefähr 635 Verfahren gegen bekannte Verdächtige und 1.254 gegen unbekannte. Bisher gab es 153 Anklagen, 84 Urteile und 36 Freiheitsstrafen, sechs davon ohne Bewahrung. Wie viele Prozesse es tatsächlich werden, ist unklar. Das Beispiel Fabio zeigt, dass es sich lohnt zu streiten. ●